



SAARLAND

LANDESJOURNAL

## ORGANISATIONS- UND PERSONALENTWICKLUNG

## Was bringt das Jahr 2010 der saarländischen Polizei?

Ein Beitrag von Hugo Müller

**„Wir wissen, dass es große Herausforderungen und schwierige Aufgaben gibt“, so Stefan Toscani in der Saarbrücker Zeitung vom 2. 1. 2010 im Rahmen seiner Vorstellung als neuer saarländischer Innen- und Europa-minister. Damit sei u. a. gemeint, dass man etwa bei der Polizei die Organisation weiterentwickeln und Einstellungen vornehmen muss, obwohl die finanziellen Möglichkeiten keinen Spielraum mehr lassen. Vor dem Hintergrund, dass Bedrohungen durch islamistischen Terror kein Hirngespinnst abgedrehter Sicherheitsfanatiker sind, oder dass die Internetkriminalität neue Herausforderungen an die Gesellschaft, vor allem aber an die Sicherheitskräfte richtet. Es gelte „zeitgemäße Antworten zu finden“, findet Toscani. Er sei sich schließlich auch bewusst, dass in den nächsten Monaten nicht alles so klappt, wie man sich das als Minister mit der Finanzierung aller notwendigen Aufgaben vorstellt.**

Sicherlich ist es aus gewerkschaftlicher Sicht zunächst einmal interessant, diese ersten öffentlichkeitswirksamen Erklärungen von Minister Toscani in einen übergeordneten Rahmen einzuordnen. Der erste Eckpunkt sind die Aussagen der Koalitionsparteien im Rahmen des GdP-Sicherheitstestes vor der Landtagswahl im August 2009.

Zur Polizeiorganisation befragt, stellte seinerzeit die CDU zunächst fest, dass die Organisation evaluiert und insbesondere im Hinblick auf die zukünftigen Herausforderungen einer Analyse unterzogen worden ist. Wesentliches Ergebnis sei dabei gewesen, dass sich unter den aktuel-

len Rahmenbedingungen die derzeitige Organisation grundsätzlich bewährt habe und keine Schwachstellen zu erkennen waren, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine grundlegende Organisationsveränderung erfordern würden.

Ergänzt wurde anschließend, dass man sich allerdings bewusst sei, dass wegen der perspektivischen Rahmenbedingungen u. a. in den Bereichen Bevölkerungsentwicklung, Personalentwicklung in der Vollzugspolizei (u. a. Ruhestandsversetzungen, Personalstärke, Altersstruktur) und der andauernden Haushaltsnotlage des Saarlandes sowie im Hinblick auf eine optimale Nutzung von Leistungs-

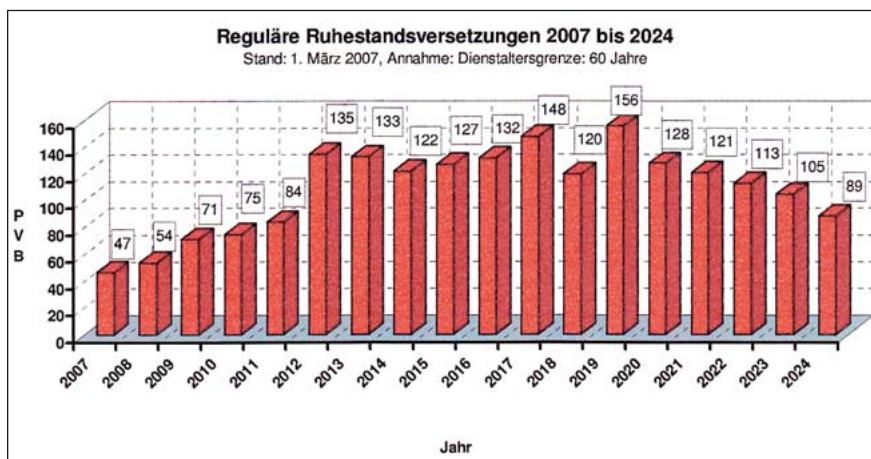
tenzialen der neuen Führungs- und Lagezentrale es mittelfristig unabdingbar sein wird, die aktuelle Aufbau- und Ablauforganisation der Vollzugspolizei des Saarlandes fortzuentwickeln. Im Hinblick auf diese Fortentwicklung würden – so die CDU – neben den Kriterien „Effizienz und Effektivität“ als Kriterien einer modernen Polizeiorganisation vor allem die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Polizeibeschäftigten im Mittelpunkt stehen. Als Orientierung für die Fortentwicklung seien die Untersuchungen aus dem Jahr 2007 der AG POG von Bedeutung; zu gegebener Zeit würde allerdings nochmals eine breit angelegte Diskussion erfolgen.

Die FDP hatte im GdP-Sicherheitstest lediglich darauf hingewiesen, dass die schon angesprochene Organisationsevaluierung sowie der Abschlussbericht AG POG Verbesserungsbedarf aufgezeigt habe, der Grundlage eines weiteren offenen Dialogs sein sollte, um die Struktur der Vollzugspolizei entsprechend zu entwickeln.

Bündnis 90/Die Grünen schließlich stellten zur Polizeiorganisation fest, dass die Zentralisierung von Polizeiwachen sowie die Reduzierung der Polizeipräsenz in der Fläche, als Ergebnis der CDU-Polizeireform, für eine effektive und bürgernahe Polizeiarbeit kontraproduktiv gewesen seien. Für eine möglichst bürgernahe Polizeistruktur brauche das Land mehr Polizistinnen und Polizisten!

Die weitere große Orientierungshilfe ist im Weiteren der Koalitionsvertrag des neuen „Jamaika-Bündnisses“. Zur Polizei heißt es dort: „dass sie personell und sachlich bedarfsgerecht ausgestattet werden muss, damit ihre jederzeitige Handlungsfähigkeit gewährleistet ist. Die Einstellungszahlen der Polizeianwärterinnen und -anwärter werden sich daher an den Ruhestandsversetzungen, aber auch am Aufgabenzuwachs und der demographischen Entwicklung orientieren.“ Zu

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

organisatorischen und strukturellen Fragen heißt es weiter: „Wir wollen die Polizeipräsenz in der Fläche erhalten und streben einen bedarfsorientierten Personaleinsatz an. Polizeiliche Aufgabenerfüllung bedingt ein vernetztes Zusammenwirken der verschiedenen Organisationsteile. Wir wollen prüfen, wie die bestehenden Schnittstellen minimiert und die Qualität der Sachbearbeitung optimiert werden können. Dabei wollen wir nach dem Grundsatz verfahren: so viel Zentralisation wie nötig, so viel Dezentralisation wie möglich.“

Wichtig ist, all diese Aussagen in einen Zusammenhang zu stellen und aus gewerkschaftlicher Sicht zielgerichtet zu interpretieren. Dabei spielt zunächst einmal die qualitative Personalentwicklung eine ganz entscheidende Rolle. Oder anders gesagt: je weniger Einstellungen, umso mehr Organisationsveränderungs-

Notwendigkeit. Wie stellt sich hier die Lage dar? Die im Jahre 2001 von der AG Polizei-2000-Plus entwickelte Organisation basierte auf einem – auch politisch anerkannten – Personalbedarf von 2900 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im operativen Dienst.

Bis heute sind wesentliche neue Aufgabenfelder sowie Organisationseinheiten hinzugekommen, die einen beachtlichen zusätzlichen Personalbedarf ausgelöst haben. Hier muss etwa erwähnt werden, dass das gesamte Aufgabenspektrum im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten neben vielen Sonderarbeiten auch zur Bildung der Abteilung V im Landeskriminalamt geführt hat und eine zusätzliche Ergänzungs-Personalisierung des MEK erforderlich machte. Beispielhaft seien auch die zusätzlichen Aufgaben im Bereich der Bearbeitung des sog. Medizinalbetrugs oder der häuslichen Gewalt erwähnt.

Die Bildung der Führungs- und Lagezentrale im Herbst 2009 verursachte alleine einen beachtlichen zusätzlichen Personalbedarf. Insgesamt darf man einen Zusatzpersonalbedarf im Verhältnis zu 2009 von 200 interpretieren, sodass wir derzeit eigentlich bei einem Personalstand in der Operative von 3100 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten stehen müssten. Realität ist aber eine ganz andere: Wir liegen derzeit bei knapp über 2700 mit abnehmender Tendenz. Fazit ist: Wir stehen vor einem massiven Personaldefizit, das durch Maßnahmen wie zusätzliche Verlagerung von Kräften aus der Einsatz-Hundertschaft in die Inspektion oder Dienstzeitverlängerung we-

gen besonderer Zulagen nicht mehr in den Griff zu bekommen ist. Jüngstes Beispiel für unsere Gesamtsituation war die wochenlange Debatte um die Möglichkeiten zur Personalisierung einer Ermittlungsgruppe, die im Zusammenhang mit terroristischen Ermittlungen gebildet wurde. Verantwortliche aller Stellen stritten sich um einzelne Köpfe.

Klar ist, dass die derzeitige Organisation nur dann eine Überlebenschance hat, wenn wir den derzeitigen Personalbestand mittel- und langfristig um 200 Köpfe aufbauen und dauerhaft erhalten. Dabei ist auch der Zusammenhang zwischen Einstellungszeit und Verwendbarkeit in der Operative von Bedeutung. Einstellungen im Jahr 2010 müssen in Beziehung gesetzt werden zu den Ruhestandsversetzungen des Jahres 2014.

Blickt man auf die Ruhestandsversetzungszahlen, darf man im Schnitt der nächsten 14 Jahre zwischen 140 und 150 Ruhestandsversetzungen jährlich mindestens unterstellen. Der vorerwähnte Aufbau und der dann notwendige Erhalt des Personalkörpers machen also zwingend Einstellungsgrößen von mindestens 150 pro Jahr in den kommenden zehn Jahren notwendig. Ansonsten würde wahr werden, was im Abschlussbericht der AG POG festgestellt ist:

„Zu geringe Einstellungen stellen die Funktionsfähigkeit der derzeitigen Organisation der saarländischen Vollzugspolizei in Frage!“

Neben dieser quantitativen Personalproblematik haben wir auch besondere strukturelle Personalprobleme. Im Abschlussbericht der AG POG heißt es hier-

### REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe unseres Landesteils ist der **5. Februar 2010**.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Saarland**

**Geschäftsstelle:**  
Kaiserstraße 258  
66133 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 84 12 410  
Telefax (06 81) 84 12 415  
Homepage: [www.gdp-saarland.de](http://www.gdp-saarland.de)  
E-Mail: [gdp-saarland@gdp-online.de](mailto:gdp-saarland@gdp-online.de)

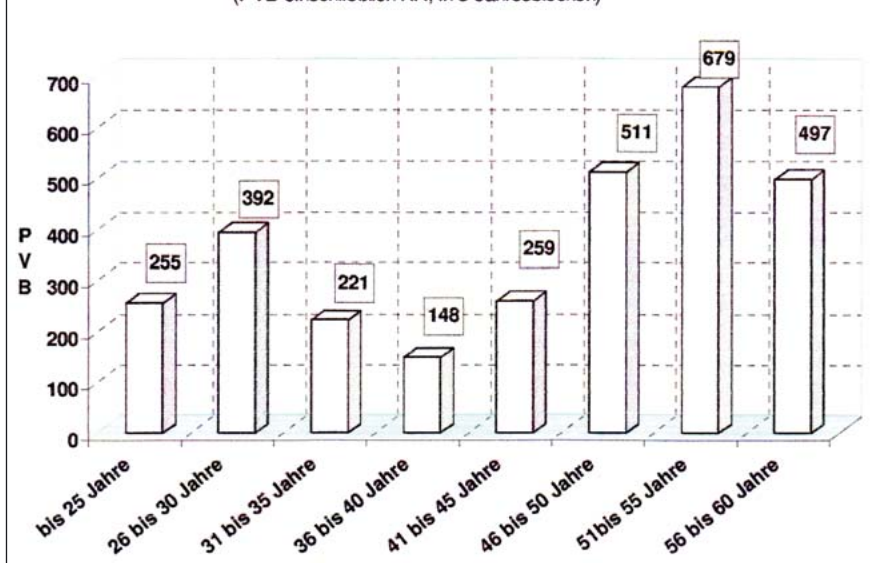
**Redaktion:**  
Dirk Schnubel (V. i. S. d. P.)  
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis  
Alte-Brauerei-Straße 3  
66740 Saarlouis  
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39  
E-Mail: [dirk.schnubel@superkabel.de](mailto:dirk.schnubel@superkabel.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32  
vom 1. April 2009

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

Altersgruppen der saarländischen Vollzugspolizei am 31. Dezember 2011  
(PVB einschließlich KA, in 5-Jahresblöcken)





**ORGANISATIONS- UND PERSONALENTWICKLUNG**

zu: „Darüber hinaus wird das Problem der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der derzeitigen Organisation durch die prognostizierte ungünstige Entwicklung der Altersstruktur der saarländischen Vollzugspolizei wesentlich verschärft.

Ab dem Jahr 2011 wird der Anteil der über 50-Jährigen über mehrere Jahre hinweg ca. 40% des Gesamtpersonals betragen. Insoweit wird es noch schwieriger werden, bestimmte operative Einsatzbereiche mit lebensjüngeren Polizeivollzugsbeamten zu personalisieren. Bereits im Jahr 2005 hatte die saarländische Polizei im bundesweiten Vergleich das höchste Durchschnittsalter bzw. die ungünstigste Altersstruktur aller Länderpolizeien.

Es gilt inzwischen in der Altersforschung und der Berufsmedizin als gesichert, dass es unabwiesbare Zusammenhänge zwischen den geistigen und körperlichen Anforderungen zur Aufgabenerfüllung im Beruf und der altersbedingten Leistungsfähigkeit gibt.

Die besonderen körperlichen und gesundheitlichen Anforderungen an den Beruf des Polizeivollzugsbeamten, die sich insbesondere im sog. Wach- und Wechseldienst aber auch in sonstigen Außendienstbereichen mit zunehmendem Konfliktpotenzial (z. B. geschlossene Einheiten, Spezialeinheiten, bestimmte Bereiche polizeilicher Ermittlungen wie in Kriminaldiensten) zeigen, führen dazu, dass Polizeivollzugsbeamte in der Regel ab dem 50. Lebensjahr mit ihren verbliebenen Leistungsmöglichkeiten nur in Ausnahmefällen in der Lage sind, typischen Exekutivmomenten (körperlicher Einsatz gegen Rechtsbrecher, Zwangsanwendung bis hin zum Waffeneinsatz) und dem Wechselschichtdienst (gestörter Tag- und Nachtrhythmus) zu genügen. Allgemein ist zu erwarten, dass die betreffenden Beamten in dieser Verwendungssituation nur noch bedingt die geforderten Aufgaben erfüllen.

Im Zusammenhang mit der bisweilen diskutierten Verlängerung der Lebensarbeitszeit stellt die AG POG ähnlich deutlich fest: „Die Einführung einer verbindlichen Regelung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte zum jetzigen Zeitpunkt wäre wenig hilfreich. Zwar würde durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit der prognostizierte Personalarückgang entsprechend später einsetzen, jedoch würde die Problematik der Altersstruktur verschärft, da noch mehr Beamte über 50 Jahre noch länger im aktiven Dienst sein würden.“

**Fazit**

Wenn man die Antworten der derzeitigen Regierungsparteien im GdP-Sicherheitstest sowie den Koalitionsvertrag im Zusammenhang interpretiert, muss man zum Ergebnis kommen, dass kaum Organisationsveränderungen ins Auge gefasst sind und dass insbesondere der Erhalt

der polizeilichen Repräsentanz in der Fläche priorisiert ist. Einer jetzt schon bestehenden Unterpersonalisierung gesellt sich eine deutliche Zunahme an weiteren Aufgaben hinzu. Zu diesen Widersprüchen gibt es nur eine Auflösung: Einstellungen in Größenordnungen von deutlich über 150 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern!!

Anzeige

**Der Winter steht vor der Tür!**

Buchen Sie das Winterspecial des Seehotels Templin.

**Brandenburg, Templin**  
Seehotel Templin ❄️👨👩👧👦 Family

Das bei Familien beliebte Hotel ist ruhig am Lübbesee gelegen, nur 2km von Templin entfernt, das Sie mit dem kostenlosen Stadtbuss bequem erreichen. Ob Aquagymnastik im hauseigenen Hallenbad, geführte Nordic Walking Touren inmitten der reizvollen Winterlandschaft oder Animationsprogramm für Groß & Klein - hier kommt mit Sicherheit keine Langeweile auf!

**Winterspecial: 20% Ermäßigung**

im Doppel- oder Einzelzimmer vom 01.12.-22.12. und 02.01.-27.03. (jeweils letzte Abreise)  
z.B. 2 Nächte HP bei eig. Anr. p.P. im DZ ab  
BRA 09061, DZX1/EZX1

**€ 68**

Weitere Infos finden Sie im TUI Schöne Ferien Katalog „Deutschland Winter 09/10“.  
Top Angebote gelten für Neubucher. Änderungen vorbehalten. Stand: 27.11.09.

**Hotline: 0681 - 841240**

World of TUI



# Beförderung als Weihnachtsgeschenk?!

Eine Rück- aber auch Vorschau von Reinhold Schmitt

**Während einige der zum 1. Oktober 2009 Beförderten den unter Umständen lang ersehnten Segen durch Aushändigung der Beförderungsurkunde am 30. September mit dem „Beckenbauer-Kultspruch „Ja ist denn heut' schon Weihnachten“ kommentierten, wurde für 15 der 177 Kandidatinnen und Kandidaten aus dem vorzeitigen ein echtes Weihnachtsgeschenk.**

## Was war geschehen?

Im Bereich der Besoldungsgruppe von A 9 nach A 10 in der Säule der prüfungs- und ausbildungsfrei Übergeleiteten und bei den vorgesehenen Beförderungen nach A 11 der Fachhochschulabsolventen hatte jeweils ein Kollege beim Verwaltungsgericht eine sog. Stoppverfügung erwirkt. Diese betraf zunächst alle Kandidaten in den beiden Besoldungsgruppen. Durch entsprechende sofortige Stellungnahme des beklagten Ministeriums begrenzte das Gericht den Stopp auf die Kollegen der Kriminalpolizei. Das ist aufgrund der auf die getrennte Bewirtschaftung des Stellenplanes nach „S“ und „K“ abgestellte Argumentation gängige

Spruchpraxis des VG im einstweiligen Rechtsschutzverfahren, also was völlig Normales. Darüber hinaus hatte ein Kläger im Rahmen seiner Konkurrentenklage K-Kollegen aus seinem unmittelbaren Arbeitsumfeld ausdrücklich ausgenommen, was grundsätzlich auch möglich ist.

Im Ergebnis blieben dann am 1. Oktober zwei Beamten nach A 11 und 13 Kollegen nach A 10 „ausgebremst“.

Es bedurfte bei der A 11 zweier Instanzen, bis schließlich das OVG Saarlouis die Beförderungsauswahl des Ministeriums als rechtlich nicht zu beanstanden feststellte. Weil alle Beteiligten im Verfahren aufs Tempo drückten, konnte noch vor Ablauf der „3-Monats-Frist“ zwei Tage vor Heiligabend die Aushändigung der Beförderungsurkunden erfolgen. Das war besonders wichtig, denn wird die Beförderung nicht innerhalb der genannten Frist vorgenommen, ist die rückwirkende Einweisung in die Planstelle nicht mehr möglich. In diesem Fall hätten dann die Betroffenen nicht nur bezogen auf die Finanzen, sondern auch das in die Zukunft wirkende Rangdienstalter erhebliche Nachteile erfahren.

Wesentlich schwieriger stellte sich die Situation für die 13 vom Stoppbeschluss betroffenen Kandidaten nach A 10 dar. Der Kläger bezog sich in der Begründung

seines Rechtsschutzbegehrens auf seine schon einige Zeit eingereichte Klage in einer Beurteilungsangelegenheit. Danach sah und sieht er sich – wohl nicht ganz zu Unrecht – bei der letzten periodischen Beurteilung nicht korrekt bewertet. Hätte er also eine bessere Beurteilung seinerzeit erhalten, wäre er jetzt, also zum 1. Oktober, wenn nicht sogar schon früher, Beförderungskandidat nach A 10. Insofern war es für den Betroffenen logisch, sich durch Verknüpfung der „Beurteilungsklage“ mit der Konkurrentenklage zur Beförderung die Chancen auf die A 10 zu erhalten.

Da nicht zu erwarten war, dass die Klage hinsichtlich der Beurteilungsangelegenheit innerhalb von drei Monaten entschieden werden würde, war schnelles Handeln geboten.

Aus diesem Grund entwickelte der Polizeihauptpersonalrat sofort eine Initiative. Ziel musste dabei sein, die eine Sache von der anderen trennen zu können. Das bedeutete, einerseits dem klagenden Kollegen sein angestrebtes Ziel in der Beurteilungsfrage und die damit verbundene Beförderungschance erreichbar zu halten. Andererseits musste innerhalb von drei Monaten auch die Beförderung der „Ausgebremsten“ ermöglicht werden.

Eine schwierige Gratwanderung, die nach Auffassung der PHPR-Verantwortlichen nur durch ein außergerichtliches Verfahren gestaltbar erschien. Es mussten nämlich gleichzeitig Bedingungen mit allen Optionen für den Kläger und die Betroffenen geschaffen werden. Es galt also, Voraussetzungen für eine Rücknahme der Klage auszuhandeln.

Durch eine Vielzahl von Gesprächen, – allein drei Gesprächsrunden mit den „Ausgebremsten“ und PHPR- und MfIE-Verantwortlichen, aber auch zwischen PHPR und dem Kläger sowie mehreren Verhandlungsrunden von MfIE, D4, mit den Anwälten des Klägers und, und, und – konnte das schwierig zu erreichende Ziel doch noch rechtzeitig geschafft werden.

Die Klage wurde zurückgezogen, so dass die 13 Kollegen noch kurz vor Heiligabend ihre Beförderungsurkunden in Händen halten konnten. Wir freuen uns mit den Kollegen und sind auch ein wenig stolz!! Denn insbesondere in schwierigen Fällen, in denen der Einzelne sich kaum



**Beförderungstermin kurz vor Weihnachten!**

**Foto: Hugo Müller**





## WIR KÜMMERN UNS!

„wehren“ kann, gilt: Wir erfüllen unser Mandat und kümmern uns im Sinne der Beschäftigten!

Nachdem nunmehr mit Verzögerung endlich die Beförderungen 2009 erledigt worden sind, gilt unser Augenmerk dem letzten Drittel der Periode, in der die aktuellen Beurteilungen Wirkung für die Beförderung entfalten, nämlich den beiden Terminen in 2010.

Anknüpfend an den Artikel in DP 10/09 „Plan im Soll – Ziel vor Augen!“, steht jetzt der Umsetzung der Beurteilungskonzeption bei den noch ausstehenden Beförderungen nichts mehr im Weg, oder?

Fundamentale Voraussetzung ist dabei die Größenordnung des Beförderungsbudgets für das Jahr 2010. Eine Zahl lag bei Redaktionsschluss, obwohl der erste Beförderungstermin, 1. April 2010, nicht mehr fern ist, leider noch nicht vor! Wie diese allerdings aussehen muss, ist eigentlich klar. Wenn es gelingen soll, und das ist nach unserer Ansicht und der Auffassung der Beurteiler sowie der Beurteilten ein „Muss“, sind rund 670 000 bis 700 000 Euro erforderlich. Dieser Ansatz entspricht in etwa dem der beiden Vorjahre.

Er ist realistisch und dürfte und sollte kein Problem sein, zumal keine Mittel mehr für Beförderungen im mittleren Dienst eingesetzt werden müssen.

Andernfalls hätte die saarländische Polizei ein echtes und zwar dickes Problem. Die Glaubwürdigkeit bezogen auf die getroffene Vereinbarung bei der Beurteilungsrunde 2007 stünde auf dem Spiel. Ebenso wären die Beurteilungen im Oktober 2010 äußerst schwierig zu gestalten.

Gemäß dem PHPR vorliegenden Informationen ist die dargestellte Summe zur Beförderung der noch verbliebenen überdurchschnittlich Beurteilten wie nachstehend dargestellt unabdingbar notwendig.

Im Einzelnen:

A 9 nach A 10, prüfungsfrei: 94 × 2700 €, plus 2 × 700 €

A 9 nach A 10, FHSV: 4 × 2700 €, weitere Beförderungen bei „3ern“ sollten ermöglicht werden, wir erwarten 25 bis 30

A 10 nach A 11: 64 × 3200 €

A 11 nach A 12: 28 × 2300 €

A 12 nach A 13: 10 × 4500 €

Für Beförderungen im h. D., insbesondere von A 14 nach A 15, werden pauschal ca. 35 000 € veranschlagt.

Zur Verwirklichung dieses Konzeptes werden wir uns einbringen und am Ball bleiben.

Wir kümmern uns!

## KG NEUNKIRCHEN

## Vorstand wiedergewählt

Am 8. 12. 2009 fand in Merchweiler, schon traditionell in der Gaststätte „Altsteigershaus“, die Jahresmitgliederversammlung 2009 der Kreisgruppe Neunkirchen statt.

Der Kreisgruppenvorsitzende Hartmuth Emmerich freute sich über einen guten Besuch. Er konnte auch wieder viele Ruhestandskollegen unter den Gästen begrüßen.

Persönliche Grüße richtete er an die Hausherrn Bezirksleiter Polizeidirektor Günter Kremer und den Leiter der PI Illingen, Norbert Gerfelder. Die gleichen herzlichen Willkommensgrüße gingen an unseren Landesvorsitzenden Hugo Müller sowie an Reinhold Schmitt, Vorsitzender des PHPR, und an Klaus Wagner,

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

**Sozialwerk der GdP-Saarland**  
Bis zu 6 % Zuschuss für Mitglieder

**TUI**  
Weltentdecker




## Städte erleben! So beschwingt. So günstig.

## Wien:

K + K Hotel Maria Theresia   
Doppelzimmer, Frühstücksbuffet  
1 Nacht pro Person ab  
Reisezeitraum: 3.1. bis 1.3.  
Spartipp: Bleib 4, zahl 3\*  
WIE 10071, DBF G 2, PH: CT, PK: Y24


€ 61

## London:

Meliá White House   
Doppelzimmer, Frühstücksbuffet  
1 Nacht pro Person ab  
Reisezeitraum: 6.11. bis 18.1.  
Spartipp: 25% auf die Sonntagnachtrate\*  
LON 12008, DBF G 2, PH: CT, PK: U35


€ 65

## Wien:

K + K Palais   
Doppelzimmer, Frühstücksbuffet  
1 Nacht pro Person ab  
Reisezeitraum: 3.1. bis 1.3.  
Spartipp: Bleib 4, zahl 3\*  
WIE 10072, DBF G 2, PH: CT, PK: Y24

€ 61

## London:

K + K Hotel George   
Doppelzimmer, Frühstücksbuffet  
1 Nacht pro Person ab  
Reisezeitraum: 21.12. bis 1.3.  
Spartipp: Bleib 4, zahl 3\*  
LON 12075, DBF G 2, PH: CT, PK: U35

€ 69

Hinweis\* Für zusätzliche Ermäßigungen können Einschränkungen gelten. Mehr Hotels und zubuchbare Ausflugsprogramme siehe TUI Weltentdecker Katalog Städte erleben Winter 09/10 und im TUI newstet unter Angebot/Flugausdruck. Zwischenverkauf vorbehalten.

Hotline: 0681 - 841240

World of  TUI



**KG NEUNKIRCHEN***Fortsetzung von Seite 1*

stellvertretender Landesvorsitzender der Senioren.

Nach den Grußworten der Gäste fanden sogleich unter der routinierten Leitung von Reinhold Schmitt die Neuwahlen in der Kreisgruppe statt.

Erneut wurde Hartmuth Emmerich zum Vorsitzenden gewählt. Ebenso wiedergewählt wurden seine Stellvertreter Uwe Dörr und Udo Ewen wie auch Guido Cullmann zum Kassierer und Volker Hinsberger zu dessen Stellvertreter. Auch beim Schriftführer kam es zur Wiederwahl von Helmut Johäntgen, Uwe Backes wurde wieder dessen Stellvertreter.

Zu Vertrauensleuten wurden gewählt: Angelo Della Bella, Nils Schumacher, Eugen Gutfreund, Kai Dörner, Michael Nehren und Wolfgang Henkes.

Aus dem ehemaligen Vorstand wurde Patrick End mit einem kleinen Präsent verabschiedet, da er aus dienstlichen Gründen zur PI Sulzbach wechselte.

Hugo Müller begann seinen Bericht mit einem Dank an den Vorstand der Kreisgruppe, die sehr gute Arbeit leisten würde. Indikator hierfür sei auch die gute Mitgliederentwicklung, die auch auf Landesebene festzustellen sei. Grund hierfür sei, dass die lokalen Strukturen in der Kreisgruppe und auch im Land stimmen

**Patrick End (li.) und Hartmuth Emmerich**

würden. Auch sei man in Serviceleistungen stark wie im Rechtsschutz als auch in Sachen Beihilfe, in dem ein Kompetenzteam mit dem Kreisgruppenmitglied Udo Ewen sehr gute Arbeit leiste. Weiterhin lobte er den Generationenpakt, der dafür Sorge tragen wird, dass selbst bei geringem Beförderungsbudget es zu keiner wesentlichen Verschlechterung bei den Beförderungen kommen wird. Sorgen bereite ihm jedoch die Stärke des Personalkörpers, weil bei starken Pensionierungen in den nächsten Jahren jedes Jahr ca. 150 Neueinstellungen vorgenommen werden müssten, um einen Rückgang auszugleichen.

Im Anschluss wurden sieben Kreisgruppenmitglieder für langjährige GdP-Mitgliedschaft geehrt.

Für 25 Jahre Mitgliedschaft:

Christian Schmidt, PBI Neunkirchen, sowie Christian Dewes und Hans Georg Meyer, beide PI Illingen.

Für 40 Jahre Mitgliedschaft in der GdP wurden Heinz Histing und Peter Schulz, jeweils PBI Neunkirchen, geehrt.

Für gar 50 Jahre GdP-Zugehörigkeit wurden Rudolf Bechtel aus Hangard und Otmar Karst aus Wiebelskirchen beglückwünscht.

Die Veranstaltung endete nach dem obligatorischen Essen mit einem gemütlichen vorweihnachtlichen Beisammensein.

**Helmut Johäntgen**

**Am 14. 12. 2009 feierte Erwin Zimmer in bester Gesundheit seinen 75. Geburtstag. Zum Ehrentag gratulierte die GdP, Kreisgruppe Neunkirchen, ganz herzlich und wünscht weiterhin Gesundheit und alles Gute im Kreise seiner Familie.**

**Armin Jäckle, Seniorenvertreter****KG SAARPFALZ****Jahresmitgliederversammlung**

Am Donnerstag, dem 10. 12. 2009, fand wie im Jahr zuvor im Sportheim in Rohrbach die Jahresmitgliederversammlung der GdP-Kreisgruppe Saarpfalz unter Beteiligung von über 40 Mitgliedern statt.

In diesem Rahmen wurde auch der neue Kreisgruppenvorstand gewählt.

Als erster Vorsitzender wurde Gerd Kopp in seinem Amt bestätigt und wiedergewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Andreas Anton gewählt. Als Kassierer wurde Stephan Hautz in Abwesenheit wiedergewählt. Nachdem das Amt des stellv. Kassierers vorübergehend nicht besetzt gewesen war, wurde erstmals Jörn Birtser in dieses Amt gewählt. Schriftführer wurde Andreas Gerlich und als erster Kassenprüfer Karl Heinz Gräber bestätigt. Als zweiter Kassenprü-

fer wurde Frank Bach erstmals in das Amt gewählt.

In den Landeskontrollausschuss wurde Hermann Veith, in den Landesbezirksrat Ralph Hermann gewählt.

In seinem Bericht ging der erste Vorsitzende auf die Arbeit der Kreisgruppe im vergangenen Jahr ein. Insbesondere auf die Personalratswahlen des örtlichen Personalrates im Saarpfalz-Kreis. Hier wurde die hohe Anzahl der abgegebenen Stimmen (137 von 167 abgegebenen Stimmen für die GdP) besonders herausgestellt. Gesondert zu erwähnen ist die Tatsache, dass im Vergleich zu den letzten Wahlen im Jahr 2005, 34 Stimmen mehr abgegeben wurden und diese 34 Stimmen alle der GdP zugefallen sind.

Weiterhin wurden die Vorstandssitzungen der Kreisgruppe und das Treffen

unserer Senioren im Frühjahr sowie die große Mitgliederzahl in der Kreisgruppe angesprochen. Es stand nur eine Ehrung an. Hierbei wurde Klaus Gleser für 25-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Unser Landesvorsitzender Hugo Müller begrüßte dann zunächst die steigenden Mitgliederzahlen im Landesverband, die sich im Moment auf einem Rekordhoch befinden und die sinkende Austrittsquote.

Müller berichtete anschließend kritisch und ausgiebig über die politische Neuentwicklung in der Landesregierung und die damit verbundenen Aussichten für die Polizei. Außerdem erwähnte er die steigende Nachfrage und die damit verbundenen steigenden Kosten der Rechtsschutzabteilung der GdP, die jedes Mitglied in Anspruch nehmen kann.





**KG SAARPFALZ**

Weiterhin stellte er eine mögliche Organisationsreform in Aussicht, sollte die neue Landesregierung die jährlichen Altersruhestandsversetzungen nicht mit Neueinstellungen abfangen. Die Neueinstellungen müssten sich hierzu im Rahmen von 150 neu eingestellten Kollegen jährlich bewegen. Müller ist aber guten Mutes, dass diesen Zahlen von Seiten der Landesregierung auch entsprochen wird.

Ein herausragender Punkt in Müllers Ausführungen war auch die steigende Zahl von Fällen von Gewalt gegen Polizeibeamte und Widerstandshandlungen und er kritisierte die momentane Rechts-

lage, die es zulässt, dass Taten nach dem §113 StGB als Bagatelldelikte abgehandelt werden können.

Kurz sprach er auch die anstehenden Tarifverhandlungen im Jahr 2011 an und in einem weiteren Punkt, dass er sich eine Erweiterung der Kompetenzen der Polizeibezirke vorstellen kann, was bezirksinterne Belange angeht.

Abschließend wünschte der Vorstand der KG Saarpfalz allen Mitgliedern und ihren Familien ein frohes und geruhames Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2010.

*A. Gerlich*

**BRENNPUNKT BEIHILFE**

## Was gibt's Neues? Broschüre Nr. 2 im Anmarsch

Nachdem im Saarland zum 1. Januar 2009 neue Beihilfavorschriften (BhVO) in Kraft getreten waren, hat die GdP eine eigens dazu erstellte rd. 200-seitige Broschüre kostenlos an alle Mitglieder verteilt. Es handelte sich dabei um die Beihilfebroschüre – Teil 1 (Grundwerk) mit den einzelnen Vorschriften der neuen BhVO. Das war im August 2009 (siehe Landesjournal 9/2009, S. 7). Noch nicht für einen Abdruck zur Verfügung standen damals die bei der Landesverwaltung noch in Arbeit befindlichen sog. Ausführungsvorschriften (AV), die jeden Paragraphen der BhVO hinsichtlich der Anwendung nochmals näher erklären und daher eine sehr nützliche Informationsquelle für Beihilfearbeiter wie -berechtigte sind. Die AV erschienen erst im Oktober 2009 im Amtsblatt.

Wir haben seinerzeit angekündigt (siehe Landesjournal 11/2009), alsbald eine weitere Beihilfebroschüre – Teil 2 (Ergänzungswerk) herauszubringen, die u. a. die neuen AV beinhalten würden.

Und wir halten Wort: Diese weitere Broschüre ist Ende Januar fertig geworden und wird derzeit (Februar 2010) in mehreren tausend Stück gedruckt. Bis Ende März 2010 soll sie dann – abermals kostenlos – an alle Mitglieder verteilt sein.

Die neue Broschüre geht weit über den bloßen Abdruck der AV hinaus, denn sie enthält weitere nützliche Infos. So wird ganz gezielt auf häufig gestellte Fragen zu speziellen, besonders „finanzkritischen“ Problemstellungen (wie Behandlungen in Privatkliniken, im Ausland, in Sanato-

rien, als Anschlussheilbehandlung, die Zahn- und Kieferorthopädische Behandlung ...) eingegangen. Außerdem enthält die Broschüre einen Index von A bis Z, wo beim jeweils gesuchten Stichwort die betreffenden Seitenzahlen der maßgebenden Vorschriften und Erklärungen aus unseren beiden Beihilfebroschüren (also aus dem Ergänzungswerk und dem Grundwerk) zu finden sind. Dieser Index wird dem Leser die eigenständige Lösung von Beihilfefragen ganz wesentlich erleichtern. Er muss nämlich nicht mehr mühsam alle Winkel der Beihilfavorschriften nach sämtlichen „zum Problem passenden Einzel-Fundstellen“ durchsuchen, sondern findet leicht alle einschlägigen Rechts- und Ausführungsvorschriften bzw. die entsprechenden Text-Passagen in den beiden Broschüren.

### Besserung der Bearbeitungszeiten erreicht

Nachdem die Personalräte und die GdP zahlreiche Beschwerden unserer Leute hinsichtlich überlanger Bearbeitungszeiten von Beihilfeanträgen erreicht hatten, wurden wir tätig in Richtung auf Abhilfemaßnahmen. Dazu zählte auch die Sensibilisierung Verantwortlicher für EDV-Probleme und Personalknappheit bei der Beihilfestelle. Seither hört man von Verbesserungen: Die EDV läuft reibungsloser, die Beihilfestelle hat Verstärkung durch dorthin abgeordnete Kräfte erhalten und diese sind nun eingearbeitet. Neulich sogar ein „Rekord“, der

**KG SAARBRÜCKEN STADT**

Am 12. Dezember vollendete unser Kreisgruppenmitglied Gerhard Müller sein sechzigstes Lebensjahr. Gerhard Müller, der schon fast 40 Jahre seiner GdP die Treue hält und in ihr aktiv ist, war in den zurückliegenden Jahren im Vorstand der Kreisgruppe Saarbrücken Stadt aktiv und vertrat im Örtlichen Personalrat engagiert die Interessen der Kolleginnen und Kollegen des Polizeibezirks Saarbrücken Stadt, aber insbesondere auch die „seines“ Kriminaldienstes. Wer



**Gerhard Müller**

glaubt, dass Gerhard sich mit Vollendung des 60. still und leise in den Ruhestand verabschiedet, irrt! Denn wer Gerhard kennt, weiß, dass die Polizeiarbeit für ihn nicht nur Beruf sondern auch „Berufung“ ist. Insofern überraschte es uns nicht, dass Gerhard, als einer der wenigen Kollegen aus der „Operative“, seine Lebensarbeitszeit um ein Jahr verlängerte und „seiner“ Polizei erhalten bleibt. In die große Schar der Gratulanten reihte sich der GdP-Landesvorstand und die Kreisgruppe gerne ein. Von dieser Stelle, lieber Gerhard, nochmals alles Gute, Glück und Gesundheit! **Ralf Porzel**

den Unterzeichner selbst erfreute: Sein Beihilfeantrag vom 15. 12. 2009 war innerhalb von zwei (!) Tagen bearbeitet. Das ist vorbildlich!

Ein solcher Rekord ist natürlich nicht alle Tage und schon gar nicht in einem komplizierten Fall wiederholbar. Wir sind aber im Regelfall ja auch schon zufrieden, wenn uns der Bescheid spätestens zwei bis drei Wochen nach Antragstellung erreicht. Wir von der GdP bleiben auf alle Fälle am Ball und bitten alle Mitglieder: Wenn es weitere oder erneute Verzögerungen gibt: Bitte melden!

Für den Arbeitskreis Beihilfe:

**Carsten Baum**



**ENTLASTUNGEN 2010****20. Ordentlicher Landesdelegiertentag**  
14./15. April 2010  
Stadthalle Lebach**GdP bewegt!****GdP – Landesbezirk Saarland**

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Landesdelegiertentag 2009 ist wie jeder andere Landesdelegiertentag eine „öffentliche“ Veranstaltung, an der jedes GdP-Mitglied teilnehmen darf und wenn irgendwie möglich auch teilnehmen sollte.

§ 13 Abs. 2 unserer Satzung lautet wie folgt:

Der ordentliche Delegiertentag findet alle vier Jahre statt. Er soll in dem Jahr durchgeführt werden, in dem ein ordentlicher Bundeskongress (§ 10 Abs. 1 der Satzung Bund) einzuberufen ist.

**Jedes Mitglied des Landesbezirks Saarland hat Anwesenheitsrecht.** Die genaue Tagesordnung werden wir in der März/April-Ausgabe veröffentlichen. Grundsätzlich wird der erste Tag im Zei-

chen von Wahlen und Berichten stehen und gegen 17.00 Uhr im Foyer seinen Ausklang finden.

Am zweiten Tag findet ab 9.30 Uhr die Festveranstaltung statt, an der sicherlich viele Ehrengäste teilnehmen werden und die umrahmt wird vom Polizeimusikkorps.

Unser neuer Innenminister Stephan Toscani wird den Festvortrag halten und uns vielleicht schon sagen können, wie es mit der saarl. Polizei vor dem Hintergrund der Personalentwicklung weitergehen wird.

Weitere Schwerpunktthemen werden sein: Beihilfe, Zulagenwesen (5 Euro DUZ), Organisationsentwicklung pp.

Hingehen lohnt sich!

Mitten in der Wirtschaftskrise winken den Bundesbürgern im neuen Jahr Entlastungen in zweistelliger Milliardenhöhe. Vor allem Familien mit Kindern sollen von den Gesetzesänderungen profitieren.

Das Kindergeld wird ab dem 1. Januar 2010 um 20 Euro pro Kind und Monat erhöht, also auf 184 für das erste und zweite Kind, auf 190 Euro für das dritte Kind und auf 215 Euro für das vierte sowie weitere Kinder. Die Auszahlung mit dem Januar-Gehalt war im Saarland für die ZBS aufgrund der späten Entscheidung des Bundestages terminlich nicht mehr zu realisieren. Mit dem Februar-Gehalt sollte dies aber behoben sein.

Der Kinderfreibetrag wird von 6024 Euro auf 7008 Euro angehoben.

Alle Beiträge der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung für die so genannte Grundversorgung sowie für die Pflegeversicherung können komplett von der Steuer abgesetzt werden. Die ergibt eine Entlastung für die Arbeitnehmer von rund 9,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Bei der Besteuerung von Erbschaften greifen ebenfalls Änderungen. Geschwister, Nichten und Neffen zahlen bei Erbschaften ab 75 000 Euro statt bisher 30 Prozent nur noch 15 Prozent Steuern.

Künftig muss jedes Beratungsgespräch vom Anlageberater dokumentiert und das Beratungsprotokoll dem Kunden ausgehändigt werden. Die Verjährungsfrist bei Schadenersatzansprüchen wegen Falschberatung verlängert sich von drei auf zehn Jahre.

In Neubauten sind ab 2010 moderne Strom- und Gaszähler vorgeschrieben, die unnötigen Verbrauch erkennen.

Hauptuntersuchung (HU) und Abgasuntersuchung (AU) für Autos werden zusammengelegt. Die sechseckige AU-Plakette auf dem vorderen Kennzeichen fällt weg. Nachweis ist künftig die runde HU-Plakette auf dem hinteren Nummernschild.

**KG LANDESPOLIZEI-DIREKTION**

Herzlich gratulieren möchten wir den Geburtstagskindern des zweiten Kalenderhalbjahres 2009. Alois Nalbach wurde 80 Jahre. Ihren 75. konnten Manfred Zart und Harald Weider feiern. Marliese Schneider und Margarete Breyer wurden 70 Jahre. Alles Gute, Gesundheit und Zufriedenheit für die Zukunft wünscht die Gewerkschaft der Polizei.

**Frank Dell**

